

Vorsicht im Umgang mit den Chinesen

Die Ausführungen von Sergio Aiolfi («Keine Angst vor den Chinesen», NZZ 4. 11. 16) sind im Grundsatz richtig, wenn man, wie er, von einem freiheitlichen Wirtschaftssystem ausgeht, in dem funktionierende Märkte eine konsequente Wettbewerbspolitik sicherstellen. Dies ist aber bei den chinesischen Firmen, die weltweit auf Einkaufstour sind, nicht der Fall. Wie «Die Zeit» unlängst geschrieben hat, verbergen sich hinter privaten Firmen oft Staatsbetriebe, die einer regierungsamtlichen Investitionsstrategie verpflichtet sind und Preise zahlen, mit denen sie andere Anbieter aus dem Feld schlagen.

Bei chinesischen Übernahmen wäre schon die unerlaubte Subventionspraxis nach WTO-Regeln zu prüfen, ja staats-eigenen Betrieben müsste eine Übernahme ganz zu untersagen sein. In kommunistischen Systemen sind staatspolitische Interessen den wirtschaftlichen stets übergeordnet geblieben und werden es auch in Zukunft bleiben.

Wenn, wie geschehen, bei chinesischem Kaufinteresse eine widerrufenene Genehmigung zum Einbestellen des deutschen Botschafters in Peking führt, wird wohl deutlich, wie Wettbewerb zwischen Firmen nach chinesischem Verständnis funktioniert. Welche europäische Regierung würde sich im umgekehrten Fall für eine private Firma so engagieren? Dass China in bilateralen oder multilateralen Gesprächen bereit wäre, Gegenrecht zu gewähren, muss aufgrund der bisherigen Verhaltensweise ernsthaft bezweifelt werden. Und welche Regierung wäre heute noch bereit und in der Lage, China bei Handelsstreitigkeiten unter Druck zu setzen? Nicht Angst, aber grosse Vorsicht und Zurückhaltung scheinen zumindest in hochtechnologischen und sicherheitsrelevanten Bereichen mehr als angebracht. Kurzsichtige Gewinnmaximierung der Eigentümer ist der übergeordneten Maxime unterzuordnen, dass Eigentum verpflichtet.

Wolfgang Schädel, Dietikon

Klimaschutz als existenzielle Frage

Klimaschutz ist kein ökonomisches, sondern ein existenzielles Problem. Diese Einsicht fehlt Christoph Eisenring, wenn er unter dem angsteinflössenden Titel «Deutschlands Planwirtschaft» (NZZ 5. 11. 16) die Bemühungen der deutschen Regierung zur Umsetzung des Klimaabkommens als Planwirtschaft denunziert. Eisenrings Kritik am

KORRIGENDUM

zz. · Im Artikel «Die Schweiz wartet nervös auf ihr Zeugnis» (NZZ 11. 11. 16) wurde in einer Grafik («Die Schweizer Geldwäscherei-Regeln wurden laufend verfeinert und geprüft») das Porträt von alt Bundesrätin Elisabeth Kopp direkt neben jene von Duvalier und Marcos placiert. Dies konnte insinuiieren, dass hinsichtlich Geldwäscherei zwischen diesen dreien eine Nähe bestanden habe. Das traf jedoch keineswegs zu. Frau Kopp wurde damals von der Anklage der Amtsgeheimnisverletzung freigesprochen. Die NZZ bedauert, dass die Grafik allenfalls zu Missverständnissen geführt haben könnte.

Entwurf zum «Klimaschutzprogramm 2050» wirkt wenig konstruktiv, geht er doch von der impliziten Annahme aus, die Marktwirtschaft sei in der Lage, ohne Richtlinien und Anreize, den gigantischen «Turnaround» in der vorgegebenen Zeit zu realisieren. Dass das seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges praktizierte Laisser-faire in der Energiepolitik die Menschheit in eine Krise stürzen würde, ist spätestens seit dem 1972 erschienenen Report über die «Grenzen des Wachstums» bekannt. Die Autoren des Club of Rome propagierten u. a. die Einführung einer umfassenden Lenkungsabgabe auf CO₂, was von wirtschaftsnahen Kreisen bis heute erfolgreich verhindert wird. Wenn nun Eisenring in seiner Kritik die Einführung des CO₂-Emissionshandels als Alternative zu Richtlinien und Anreizen fordert, dann würde ich zumindest erwarten, dass er den Leser, die Leserin darüber informiert, welche Machtzirkel die Einführung dieses markt-kompatiblen Instrumentes bis heute erfolgreich verhindert haben.

Jean-Pierre Jaccard, Augst

Unüberlegt und zerstörend

1984 wurde dank einem Engagement der Zürcher Gemeinderäte verschiedener Couleur das Zürcher Puppentheater, heute Theater Stadelhofen, eröffnet. Der Vorstand, bestehend aus mehreren Gemeinderäten, strebte an, die Zürcher Puppentheatertradition wieder zum Leben zu erwecken.

Die damals gegründete Bühne hatte einen festen Auftrag: 1. Gastspielstätte für Schweizer Puppenbühnen zu sein; 2. für Kinder und Erwachsene zu spielen; 3. bei Möglichkeit mithilfe eines Sponsors eine Eigenproduktion für Kinder oder Erwachsene anzubieten; 4. durch gelegentliche Festivals einen Einblick in das Schaffen ausländischer Bühnen zu gewähren.

Die Direktionen, die das Theater bis jetzt führten, haben diesen Auftrag auch erfüllt. Als experimentelle Produktionen für Erwachsene können in den 1980er Jahren etwa die erste Eigenproduktion des Zürcher Puppentheaters, «Wie man Wünsche beim Schwanz packt» von Pablo Picasso, und die Inszenierung «Astoria» von Jura Soyfer des Puppentheaters Bleisch genannt werden. Zu den Höhepunkten der 1990er Jahre gehörte neben vielen anderen Produktionen die geglückte Rekonstruktion von «König Hirsch» mit Kopien der Marionetten von Taeuber-Arp in Zusammenarbeit mit der Schauspielakademie Zürich. Auch die letzten Spielsaisons brachten hochinteressante und gut besuchte Koproduktionen des Theaters Stadelhofen mit anderen Gruppen wie «hôtel de rive – Giacomettis horizontale Zeit» mit Texten von Alberto Giacometti, «Kleist in Thun» von Robert Walser oder «hin ist hin» nach Ödön von Horváth.

Den Zugang der Schweizer Figurentheaterszene zum Zürcher Publikum durch einen Wegfall des Abendprogramms im Theater Stadelhofen zu verhindern, ist unüberlegt und zerstörend (NZZ 2. 11. 16). Ein Angebot von Inszenierungen sowohl für Kinder als auch für Erwachsene bildet eine Einheit, die das Profil eines Figurentheaters formiert. Eine Erklärung an die Zürcher Öffentlichkeit von Kulturdirektor Peter Haerle wäre wünschenswert.

Hana Ribí, Zürich, Mitgründerin des Zürcher Puppentheaters

Zurück zur Wanderbühne

Wenn ein Theater nicht funktioniert, kann die Leitung ausgewechselt, das Konzept geändert oder es kann geschlossen werden. Das Neumarkt-Theater in Zürich wäre nicht das erste Theater und wird auch nicht das letzte sein, das verschwindet (NZZ 2. 11. 16). So weit ist das normal. Und dass über «das Fell des Bären gestritten wird, noch eher er erlegt ist», ist auch nichts Aussergewöhnliches. Denkbar auch, dass das Theaterhaus Gessnerallee mit dem Geld vom «Neumarkt» mehr Eigenproduktionen herstellen kann.

Etwas fehlt bei dieser technischen Sicht auf Theaterarbeit. Ganz banal: Theater ist, wenn Menschen auf der Bühne etwas für andere Menschen spielen. Und die, die es tun, die Schauspieler/innen, kommen in all den Planungen, aus denen die NZZ zitiert, offenbar nicht vor. Jene also, wegen denen die Leute letztlich ins Theater gehen, jene, die man in verschiedenen Rollen sehen kann, die bald mehr oder bald weniger «gefallen», Protagonisten, die auch einmal in einer kleinen Rolle zu sehen sind, junge Schauspieler/innen, die sich entwickeln können, ein Ensemble eben, das miteinander spielt, das sein Publikum nicht nur aus der Sicht eines Hotelzimmers kennt. Wer so etwas sehen will, muss heute nach Berlin oder Wien reisen. In Zürich – das Schauspielhaus ein wenig ausgenommen – gibt es das nicht mehr.

Stattdessen mehr «Eigenproduktionen»: Eingekauft wird die Regie, möglichst mit einem Namen, der gerade «en vogue» ist, die bringt ihre Protagonisten mit, Ergänzungsschauspieler/innen gerne auch aus Zürich. Ist die Aufführungsserie beendet, verstreut sich alles wieder, die Karawane wandert weiter. Das Ergebnis: Kunst wurde importiert, ein Event, mit dem man sich schmücken kann, hat stattgefunden. Die Tendenz im deutschsprachigen Theaterraum geht genau in die andere Richtung. Statt Kunstimport «Bürgertheater». Also Verbindlichkeit. Verbindlichkeit zwischen den Kunstproduzenten und ihrer Stadt, ihrem Publikum. Mit importierten Events ist das nicht zu erreichen.

Nun mag es sein, dass solche hier nur sehr verkürzt skizzierten Überlegungen in dem Gutachten, aus dem die NZZ zitiert, eine Rolle spielen. Wenn nicht, wäre das bedenklich.

Martin Kreuzberg, Zürich

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach
8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

WAS LÄUFT FALSCH?

Reformen für den Mittelstand

Gastkommentar

von GISELE GIRGIS-MUSY und CHRISTOPH KOELLREUTER

Die Schweiz befindet sich in einem Konflikt zwischen den Anforderungen, die im globalen Standortwettbewerb herrschen, und innenpolitischen Vorstellungen, wie die Früchte des wirtschaftlichen Erfolgs verteilt werden sollen. Das zeigen beispielsweise die Resultate der Volksabstimmungen zur «Abzocker»-Initiative und zur Masseneinwanderungsinitiative. Aus dieser Erkenntnis heraus wurde 2014 die «Fondation CH2048» gegründet. Ziel der Stiftung ist es, die Spitzenposition der Schweiz im globalen Wettbewerb zu halten. Ziel ist es aber auch, dass die von den Gründervätern 1848 geschaffene Grundlage für die erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialordnung beim 200-Jahre-Jubiläum des Bundesstaates 2048 noch intakt ist.

Ein erstes Reformpaket, welches die Stiftung unlängst auf den politischen Weg gebracht hat, zielt auf eine Reform des Schweizer Steuersystems ab, mit Fokus auf Steuern und Transfers natürlicher Personen und folgenden massgeblichen Stossrichtungen: 1. mehr Leistungsgerechtigkeit und Verbesserung der Arbeitsanreize; 2. Ja zu Transfers, aber Arbeit muss sich lohnen; 3. mehr Solidarität der höchsten Einkommen und Vermögen bei möglichst geringem Abwanderungsrisiko.

Das Reformpaket schlägt die Besteuerung von Sozialtransfers mit gleichzeitiger Befreiung des Existenzminimums vor sowie die Einführung der Individualbesteuerung und einer Kapitalgewinnsteuer in Verbindung mit der Abschaffung der Vermögenssteuer und gegebenenfalls der Einführung einer moderaten Erbschaftsteuer. Damit sollen mehr Leistungsgerechtigkeit und eine Verbesserung der Arbeits- und Innovationsanreize erzielt werden.

Alle Reformvorschläge der Stiftung haben die Schweizer Poli-

Es sollen mehr Leistungsgerechtigkeit und eine Verbesserung der Arbeits- und Innovationsanreize erzielt werden.

tik schon mehrmals beschäftigt, aber keiner hat es bis jetzt geschafft, auch umgesetzt zu werden. Im Paket dürfen sie sich höhere Chancen ausrechnen, weil es eine umfassende Steuerreform zugunsten des die politische Mehrheit bildenden, arbeitenden Mittelstandes ist – er ist der eigentliche Leistungsträger der schweizerischen Volkswirtschaft. Arbeit soll sich flächendeckend wieder lohnen, indem eine Reihe von Privilegien zugunsten anderer Einkommensarten abgeschafft werden sollen: für Sozialeinkommen (dank der Besteuerung von Sozialtransfers bei gleichzeitiger Befreiung des Existenzminimums) und für Kapitaleinkommen (dank einer Kapitalgewinnsteuer in Verbindung mit der Abschaffung der Vermögenssteuer und gegebenenfalls der Einführung einer moderaten Erbschaftsteuer). Zusätzlich erhöht sich die Erwerbsbeteiligung von Zweitverdienern (bei Paaren) dank der Einführung der Individualbesteuerung.

Das auf der Stärkung der Arbeits- und Innovationsanreize basierende Steuerreformpaket ist kein Nullsummenspiel: Das daraus resultierende Bruttoinlandprodukt fällt höher aus als ohne Reform. In diesem Sinne wirken sich die Reformvorschläge nicht nur für den Mittelstand positiv aus, sondern kommen allen zugute. Während der Rahmen der Steuerreform durch den Bund festzulegen wäre, werden die Kantone bei der Umsetzung eine zentrale Rolle spielen. Die Kantone können am besten abschätzen, wie «teuer» ihr Wirtschaftsstandort sein darf: Je höher die Qualität der nicht-steuerlichen Rahmenbedingungen ist (globale Position der Clusters der regionalen Schlüsselbranchen, Bildungs-, Forschungs- und Kulturangebote, globale und regionale Erreichbarkeit, Lebensqualität), desto höher kann die Steuerbelastung sein.

Beim dritten Pfeiler des Reformpakets kommt zurzeit sowieso nur die Ebene der Kantone infrage. So erheben nur die Kantone, nicht aber der Bund eine Vermögenssteuer, und die Erbschaftsteuer sowie die Kapitalgewinnsteuer sind auf Bundesebene aus demokratiepolitischen Gründen auf absehbare Zeit kein Thema.

Gisèle Girgis-Musy ist Präsidentin der Fondation CH2048, Christoph Koellreuter ist Vizepräsident und Programmleiter der Stiftung.

In der Rubrik «Was läuft falsch?» beschreiben Verbände und Organisationen, was sich ihrer Meinung nach in der Schweiz ändern müsste.

Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT
Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 237. Jahrgang

REDAKTION
Chefredaktor:
Eric Gujer
Chefredaktorin Neue Produkte:
Anita Zielina
Stellvertreter:
Luzi Bernet, Colette Gradwohl, Thomas Stamm

Tagesleitung: Colette Gradwohl, Christoph Fisch, Thomas Stamm, Anja Grünenfelder
International: Peter Rásonyi, Andreas Rüsch, Andreas Wüstling, Werner J. Marti, Beat Bumbacher, Stefan Reis

Schweizer, Nicole Anliker, Nina Belz, Marie-Astrid Langer, David Signer, Christian Weistlog, Daniel Steinworth

Schweiz: Simon Gemperli (stv. Ressortleiter a. i.), Claudia Baer, Paul Schneebberger, Daniel Gerny, Simon Gemperli, Frank Sieber, Marcel Amrein, Marc Trübelsorn, Simon Hellli
Bundeshaus: Heidi Götz, Christof Forster, Jan Flückiger
Bundesgericht: Katharina Fontana

Wirtschaft / Börse: Peter A. Fischer, Werner Enz, Ernes Gallarotti, Sergio Aiolfi, Thomas Fuster, Christin Severin, Nicole Rüttli Ruzicic, Andrea Martel Fus, Claudia Abersoldi Szalay, Giorgio V. Müller, Michael Ferber, Lucia Paška, Hansueli Schöchli, Thomas Schürpf, Zsóé Inés Baches Kunz, Natalie Gradwohl, Werner Grundelner, Daniel Imwinkelried, Christof Leisinger, Anne-Barbara Luft, Christoph G. Schmutz, Michael Schäfer
Feuilleton: René Scheu, Roman Hollenstein, Angela Schader, Claudia Schwartz, Andrea Köhler, Thomas Ribí, Uwe Justus Wenzel, Ueli Bernays, Roman Bucheli, Susanne Ostwald, Philipp Meier, Samuel Herzog
Medien: Rainer Stadler
Zürich: Luzi Bernet, Dorothee Vögeli, Irène Troxler, Urs Bühler,

Walter Bernet, Brigitte Hürlimann, Stefan Hotz, Adi Kalin, Natalie Avanzino, Andreas Schürer, Fabian Baumgartner
Sport: Elmar Wagner, Flurin Claluna, Andreas Kopp, Benjamin Steffen, Daniel Germann, Peter B. Birrer, Markus Wanderli, Philipp Bärtsch

Meinung & Debatte: Martin Senti, Andreas Breitenstein, Elena Panagiotidis
Panorama: Katja Baigiger, Susanna Eilner
Wissenschaft: Christian Speicher, Alan Niederer, Stefan Betsch, Stephanie Kusma, Lena Stallmach, Henning Steier, Helga Rietz
Wochenende: Colette Gradwohl, Susanna Müller
Nachrichtenredaktion: Anja Grünenfelder, Manuela Nyffenegger, Nina Fargahi
Webproduktion: Michèle Schell, Roman Sigrist, Susanna Rusterholz
Reporter: Marcel Gyr, Alois Fausi

GESTALTUNG UND PRODUKTION
Art-Direction/Bild: Reto Althaus, Brigitte Meyer, Fotografen: Christoph Ruckstuhl, **Blattplanung:** Philipp Müller, **Produkt-**

tion / Layout: Hansruedi Frei, **Korrektur:** Yvonne Betschen, **Archiv:** Ruth Haener, **Storytelling:** David Bauer, **Video:** Sara Maria Manzo, **Projekte:** André Maerz

WEITERE REDAKTIONEN
Verlagsbeilagen: Walter Hagenbüchle, **NZZ am Sonntag:** Chefredaktor: Felix E. Müller, **NZZ Folio:** Daniel Weber, **NZZ TV / Format:** Silvia Fleck, **NZZ Campus:** Peer Teuwens, **NZZ Geschichte:** Peer Teuwens

NZZ-MEDIENGRUPPE
Veit V. Dengler (CEO)

ADRESSEN
Redaktion: Falkenstr. 11, Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 252 13 29, leserbriefe@nzz.ch, Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch
Verlag: Falkenstr. 11, Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch
Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, E-Mail: leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice

Inserate: NZZ Media Solutions AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 16 98, Fax 044 258 13 70, E-Mail: inserate@nzz.ch, Internet: www.nzzmediasolutions.ch

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, CH-8045 Zürich

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST.)
Abonnement NZZ inkl. digitaler Ausgaben: 694 Fr. (12 Monate), 378 Fr. (6 Monate), 201 Fr. (3 Monate)
Abonnement NZZ Digital: 504 Fr. (12 Monate), 288 Fr. (6 Monate), 156 Fr. (3 Monate)
Abonnement NZZ Digital Plus: 588 Fr. (12 Monate), 318 Fr. (6 Monate), 171 Fr. (3 Monate), 73 Fr. (10 Wochen). Montag bis Samstag digital, am Samstag zusätzlich die gedruckte Ausgabe
Abonnement Deutschland und Österreich inkl. digitaler Ausgaben: 498 € (12 Monate), 268 € (6 Monate), 135 € (3 Monate), übrige Auslandpreise auf Anfrage
Kombi-Abonnement NZZ und NZZ am Sonntag inkl. digitaler Ausgaben: 816 Fr. (12 Monate), 456 Fr. (6 Monate), 246 Fr. (3 Monate), 90 Fr. (10 Wochen)

Studenten und Lernende: 40 Prozent Rabatt auf Abonnementspreise (mit gültigem Studenten- oder Lehrlingsausweis)

Alle Preise gültig ab 2. 11. 2016
Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2016

BELAUBIGTE AUFLAGE
Verbreitete Auflage: 115 510 Ex. (Wemf 2016)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.
© Neue Zürcher Zeitung AG
Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors